

Kernforderungen zur Europawahl

Europa sichert den Bürgern seit Jahrzehnten Frieden und Wohlstand. Dieses einzigartige Projekt darf nicht durch politischen Populismus und zunehmende Renationalisierungstendenzen gefährdet werden. Vor dem Hintergrund einer sich verringernden politischen Stabilität der Europäischen Union kommt der vom 23. bis 26. Mai in den Mitgliedstaaten stattfindenden Europawahl eine besonders große Bedeutung zu. Der Deutsche Raiffeisenverband (DRV) betont daher im Vorfeld der bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament seine Position zu den folgenden, für die Agrarwirtschaft zentralen sieben Themenfeldern.

Die Forderungen:

1. Politische Zukunft der Europäischen Union sichern
2. Stabiles EU-Agrarbudget erhalten
3. Starke Gemeinsame Agrarpolitik weiterentwickeln
4. Erzeuger in der Lebensmittelkette stärken
5. Internationalen Agrarhandel fördern
6. Handelsbeziehungen zwischen der EU und Großbritannien nicht vernachlässigen
7. EU-Binnenmarkt bewahren und ausbauen
8. Mehr Aufgeschlossenheit gegenüber Wissenschaft und technischem Fortschritt

1. Politische Zukunft der Europäischen Union sichern

Die Europäische Union spielt gerade für die Agrarwirtschaft eine herausragende Rolle. Spätestens seit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages im Jahr 2009 wirkt das Europäische Parlament entscheidend bei der Gesetzgebung im Agrarbereich mit. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), einer der ältesten Politikbereiche der EU, sichert die Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsmitteln zu erschwinglichen Preisen. Darüber hinaus trägt sie entscheidend zum Erhalt vitaler ländlicher Räume bei. Die EU setzt dabei im Agrarsektor hohe Standards in Bereichen wie Lebensmittelsicherheit, Umwelt-, Klima- und Tierschutz und garantiert so eine nachhaltige Agrarproduktion.

Die Raiffeisen-Genossenschaften und ihre bäuerlichen Mitglieder sind bei ihren wirtschaftlichen Aktivitäten auf verlässliche politische Rahmenbedingungen angewiesen, die in hohem Maße auf europäischer Ebene festgelegt werden. Der DRV ruft daher alle demokratischen Kräfte zu einem klaren Bekenntnis für ein starkes Europa auf. Mit Sorge betrachtet der Raiffeisenverband das Erstarken populistischer Positionen hin zu mehr Nationalstaatlichkeit. Die Stärke Europas liegt wie die Stärke von Genossenschaften im Gemeinsamen, nicht im Gegeneinander.

Kernforderungen zur Europawahl

2. . Stabiles EU-Agrarbudget erhalten

Die Europäische Union steht auch budgetär vor großen politischen Herausforderungen. Zum einen droht in der kommenden Finanzperiode 2021 bis 2027 durch das Ausscheiden des Nettozahlers Großbritannien eine erhebliche Lücke im EU-Haushalt. So überwies das Vereinigte Königreich im Jahr 2016 5,6 Milliarden Euro mehr als es zurückbekam. Zudem verlangen neue politische Themenfelder wie Migrationspolitik, innere und äußere Sicherheit sowie Digitalisierung besondere Beachtung und zusätzliche Haushaltsmittel. Vor diesem Hintergrund erscheinen – auch bei strikter Haushaltsdisziplin – höhere Beiträge der Mitgliedstaaten zum EU-Budget unumgänglich.

Im mehrjährigen EU-Finanzrahmen für die Periode nach 2020 muss aus Sicht des DRV ein weiterhin ausreichendes Budget für die GAP bereitgestellt werden. Das Zwei-Säulen-Modell der EU-Agrarpolitik hat sich grundsätzlich bewährt und muss fortgeführt werden. Auch über das Jahr 2020 hinaus ist dabei eine starke 1. Säule, die mit einem ausreichenden Finanzvolumen für die Direktzahlungen und die Marktstützung ausgestattet ist, von großer Bedeutung. Die Direktzahlungen aus der 1. Säule sind ein wichtiges Element der Einkommenssicherung für die Landwirte – gerade auch in Phasen schwacher Märkte. Der DRV betont, dass bei der Gewährung der Direktzahlungen auch künftig kooperative Formen der Landwirtschaft, die in Ostdeutschland eine wichtige Rolle einnehmen, nicht einseitig benachteiligt werden dürfen.

Die 2. Säule der GAP bietet ergänzend zu den Direktzahlungen die Möglichkeit einer gezielten Förderung spezifischer Aufgaben. Hierzu gehören zum einen Programme in Bereichen wie Klima- und Umweltschutz und Tierwohl, zum anderen die Förderung von Investitionen in der Land- und Ernährungswirtschaft. So kann zum Beispiel der sehr kostenintensive Bau von Ställen, die höheren Tierwohlstandards entsprechen, stärker vorangetrieben werden. Eine besondere Bedeutung kommt – insbesondere für den Vermarktungs- und Verarbeitungssektor – der Förderung von Innovationen zu, um noch rationellere und nachhaltigere Produktionsverfahren zu entwickeln und so die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Agrarsektors zu erhalten.

Die europäische Landwirtschaft sieht sich steigenden gesellschaftlichen und politischen Anforderungen auf den Gebieten des Umwelt- und Klimaschutzes sowie des Tierwohls gegenüber. Die damit verbundenen höheren Produktionskosten müssen zumindest in Teilen durch öffentliche Mittel kompensiert werden, um die Existenz und Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe nicht zu gefährden. Sowohl das Niveau der Direktzahlungen (1. Säule der GAP), vor allem aber auch der 2. Säule, müssen stabil bleiben. Gerade der 2. Säule kommt eine große Bedeutung bei der dringend notwendigen Förderung von einzelbetrieblichen Investitionen zu.

Kernforderungen zur Europawahl

Vor diesem Hintergrund sieht der DRV die Notwendigkeit, den Vorschlag der EU-Kommission zum Finanzrahmen für die Periode 2021 bis 2027 hinsichtlich des Agrarbudgets nachzubessern.

3. Starke Gemeinsame Agrarpolitik weiterentwickeln

Der Erhalt einer starken GAP ist aus Sicht des DRV unverzichtbar, um eine wettbewerbsfähige, ökologisch und ökonomisch nachhaltige, flächendeckende Land- und Ernährungswirtschaft in Europa und damit in Deutschland sicherzustellen. Schritte in Richtung einer Renationalisierung dieser Politik sind kontraproduktiv. Eine solche Entwicklung würde den politischen Zusammenhalt innerhalb der EU schwächen.

Bei der anstehenden Reform der GAP nach 2020 ist der in den vergangenen Jahren eingeschlagene Kurs der Marktorientierung konsequent fortzusetzen. Die negativen Folgen der zu beobachtenden stärkeren Preisvolatilitäten für die Erzeuger und Vermarktungsunternehmen müssen abgefedert werden. Hierzu müssen neben dem Erhalt des Sicherheitsnetzes in der EU-Marktordnung zusätzliche Instrumente des Risikomanagements, so insbesondere Warenterminmärkte, verstärkt genutzt werden. Die EU-Finanzmarktregelungen dürfen Nutzung und Fortentwicklung dieser Instrumente im Agrarsektor nicht behindern.

4. Erzeuger in der Lebensmittelkette stärken

Die Verbesserung der Position der Landwirte in der Lebensmittelkette – besonders gegenüber einem immer stärker konzentrierten Lebensmittelhandel – stellt ein zentrales politisches Anliegen auf EU-Ebene dar. Ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung war die kürzlich erfolgte Verabschiedung der EU-Richtlinie zur Bekämpfung von unlauteren Handelspraktiken. Die Stärkung von Erzeugerzusammenschlüssen stellt einen weiteren Schritt mit diesem Ziel dar.

Die Raiffeisen-Genossenschaften bündeln Angebot und Nachfrage der Landwirte gegenüber Handel und Industrie. Der DRV erwartet in diesem Zusammenhang die Anerkennung der Leistungen der Genossenschaften bei der Förderung der Landwirte, Winzer und Gärtner. Bestehende Erzeugerzusammenschlüsse sollten gestärkt werden. Externe rechtliche Vorgaben der EU für die Ausgestaltung der Lieferbeziehungen zwischen Erzeugern und Genossenschaften, so insbesondere im Milchsektor, lehnt der DRV mit Nachdruck ab. Das Genossenschaftsrecht bietet ausreichende Gestaltungsmöglichkeiten, über deren Nutzung die Mitglieder in den genossenschaftlichen Unternehmen selbst entscheiden.

Kernforderungen zur Europawahl

5. Internationalen Agrarhandel fördern!

30 Prozent der in Deutschland produzierten Agrarprodukte gehen in den Export. Entsprechend groß ist die wirtschaftliche Bedeutung dieser Ausfuhren. Zum Ausbau von Marktpositionen und Absatz ist der Agrarsektor auf den Export auf Märkte außerhalb der EU angewiesen. Eine aktive Handelspolitik der EU mit dem Ziel der Öffnung neuer Handelswege in Drittländern ist daher von großer Bedeutung. Vor dem Hintergrund der schon seit längerem festgefahrenen multilateralen Verhandlungen auf Ebene der Welthandelsorganisation WTO hat der Abschluss bilateraler Handelsabkommen der EU mit Drittstaaten erheblich an Bedeutung gewonnen. In diesem Zusammenhang müssen die Interessen der Agrarwirtschaft ausreichend gewahrt werden. Einseitige Zugeständnisse der EU gegenüber Drittländern, so etwa den südamerikanischen Mercosur-Staaten, auf Kosten des Agrarbereichs sind nicht akzeptabel. Die offensiven Exportinteressen der europäischen Agrarwirtschaft müssen bei den Handelsgesprächen angemessen berücksichtigt werden. Das Freihandelsabkommen der EU mit Japan stellt dabei aus Sicht des DRV ein positives Beispiel für ein ausgewogenes Vertragswerk dar.

6. Handelsbeziehungen zwischen der EU und Großbritannien nicht vernachlässigen

Die Entscheidung Großbritanniens, die Europäische Union zu verlassen, ist aus ökonomischer und politischer Sicht sehr bedauerlich und wird für beide Seiten mit äußerst negativen Konsequenzen verbunden sein. Das Vereinigte Königreich stellt für die deutsche Agrarwirtschaft einen sehr wichtigen Absatzmarkt dar, der nicht verlorengehen darf. Daher ist es wichtig, die Handelsbeziehungen zwischen der EU und Großbritannien auf eine neue, verlässliche Grundlage zu stellen. Aus Sicht des DRV müssen im Handel Zölle und administrative Kosten durch Zollformalitäten und abweichende Standards für Agrarprodukte unbedingt vermieden werden. Diese würden nicht nur die Unternehmen belasten, sondern gleichzeitig auch zu höheren Verbraucherpreisen führen. Stabilität und Verlässlichkeit sind Grundlagen erfolgreichen Wirtschaftens.

7. EU-Binnenmarkt bewahren und ausbauen

Bei den Debatten über den künftigen Weg der EU muss der gemeinsame Binnenmarkt oberste Priorität haben. Einheitliche wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen müssen ihre Gültigkeit behalten. Tendenzen zur Renationalisierung einzelner Politikbereiche müssen alle überzeugten Europäer, zu denen sich auch der Raiffeisenverband zählt, entschieden entgegenreten: Sie beeinträchtigen die Rechts- und Planungssicherheit der Unternehmen und führen zu Wettbewerbsnachteilen. Ein Beispiel hierfür sind die immer stärker um sich greifenden Forderungen nach einer verpflichtenden nationalen Herkunftskennzeichnung für Agrarprodukte und Lebensmittel. Diese Verpflichtung wäre für die verarbeitenden und vermarktenden Unternehmen vielfach mit einem erheblichen Mehraufwand verbunden,

Kernforderungen zur Europawahl

ohne dass eine entsprechende Honorierung über den Markt sichergestellt erscheint. Freiwillige Kennzeichnungen können einem stärkeren Informationsbedürfnis der Verbraucher zur Herkunft von Lebensmitteln angemessenen Rechnung tragen.

8. Mehr Aufgeschlossenheit gegenüber Wissenschaft und technischem Fortschritt

Für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln und den Import von gentechnisch veränderten Rohstoffen für den Futtermittelsektor sind auf europäischer Ebene in verantwortungsvollen, demokratisch legitimierten Entscheidungsprozessen wissenschaftsbasierte Verfahren festgelegt worden. Allerdings werden die entsprechenden Zulassungsverfahren und die politischen Entscheidungen zunehmend durch populistische Einflüsse untergraben. Notwendige Entschlüsse werden verzögert oder verhindert. Eine moderne Landwirtschaft ist auf den Zugang zu zeitgemäßen Betriebsmitteln angewiesen. Der DRV fordert daher, die Zulassungen wieder zu entpolitisieren und Entscheidungen konsequent auf Basis gesicherter wissenschaftlicher Bewertungen zu treffen.

Die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Agrarsektors muss im internationalen Wettbewerb gewahrt werden. So gilt es zum Beispiel, den Einsatz moderner Betriebsmittel in Düngung und Pflanzenschutz unter Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts unter ökologischen und ökonomischen Aspekten weiter zu optimieren. Digitalisierung und Präzisionslandwirtschaft müssen gestärkt werden. Für neue Züchtungsmethoden muss es einen verlässlichen und praktikablen Rechtsrahmen geben, der dem Innovationswillen und technischen Fortschritt nicht entgegensteht.

Das durch die EU initiierte Innovations- und Exzellenzprojekt „Horizon Europe“ muss weiter gestärkt und ausgebaut werden. Im landwirtschaftlichen Themenbereich muss dabei die Expertise der Grünen Branche nach Auffassung des DRV intensiv eingebunden werden sowie Kohärenz zu den Zielen der GAP sichergestellt werden.

Über den DRV

Der DRV vertritt die Interessen der genossenschaftlich orientierten Unternehmen der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft. Als wichtiges Glied der Wertschöpfungskette Lebensmittel erzielen die 2.024 DRV-Mitgliedsunternehmen im Handel und in der Verarbeitung von pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen mit rund 82.000 Mitarbeitern einen Umsatz von 62,1 Mrd. Euro. Landwirte, Gärtner und Winzer sind die Mitglieder und damit Eigentümer der Genossenschaften.